

Armut und Reichtum in Niederösterreich

Wien, Juni 2008

INHALT:

Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“	3
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutgefährdung und Armut.....	6
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut.....	10
Bildung verringert das Armutsrisiko	11
Fast 41.500 PensionistInnen in NÖ weiterhin armutsgefährdet	12
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko.....	14
Knapp 40.000 armutsgefährdete MigrantInnen.....	16
Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich.....	17
Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt	19
Soziale und kulturelle Teilhabe.....	20
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung	21
Anstieg der Haushaltsausgaben.....	22
Hohe Wohnkosten in Niederösterreich	24
Verschuldung erhöht Armutgefährdung stark.....	25
Armut ist ein Gesundheitsrisiko	26
Reichtum nimmt auch in Niederösterreich zu	27
Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument.....	36
Zusammenfassung.....	45
Quellenverzeichnis	49

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft.¹ Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.²

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2006) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2006³

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.711	893	765
1 Erwachsener und 1 Kind	13.924	1.160	995
2 Erwachsene	16.067	1.339	1.148
2 Erwachsener und 1 Kind	19.280	1.607	1.377
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.493	1.874	1.607
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.706	2.142	1.836

Auskunft darüber, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind, gibt die Armutsgefährdungslücke. Diese kann „als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle“⁴ (in Prozent) interpretiert werden. Demnach lag das Einkommen der armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen im Jahr 2006 durchschnittlich um 15,5% unter dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens. Bei armutsgefährdeten Einpersonenhaushalten lag das Durchschnittseinkommen also de facto bei 647 Euro netto (mal 14), zwei Erwachsene mit einem Kind mussten mit durchschnittlich 1.164 Euro netto im Monat auskommen.

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition von Armutsgefährdung kritisiert wird. Denn zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme. Um prekäre Lebenslagen und soziale Teilhabechancen zu beurteilen, werden auch nichtmonetäre Indikatoren einbezogen. In Anlehnung an die europäische Sozialberichterstattung werden

¹ der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2003/2004“ erschien im Februar 2005

² zuletzt erschienen: Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2007

³ ebenda, S.33

⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.32

fünf zentrale Lebensbereiche zur Beschreibung von Deprivation ermittelt: sich grundlegende Dinge (wie Kleidung oder Kreditraten) nicht leisten können, sich zeitgemäße Konsumgüter (wie Auto, Computer) nicht leisten können, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Mängel in der Wohnung und schließlich Benachteiligungen durch die Wohnumgebung. So lebten zuletzt (2006) 2,1 Mio. Menschen (ein Viertel der österreichischen Bevölkerung) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. Das sind um 63.000 Menschen mehr als noch im Jahr 2005. Ebenfalls 2,1 Mio. ÖsterreicherInnen lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. 758.000 konnten es sich zuletzt (2006) nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 396.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 313.000 konnten aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten und 284.000 ÖsterreicherInnen waren 2006 mit Zahlungen im Rückstand, um 52.000 Menschen mehr als ein Jahr zuvor.⁵

Treffen Einkommensarmut und die beschriebene Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Bei 459.000 (der mehr als 1 Mio. armutsgefährdeten) Menschen in Österreich zeigte sich 2006 neben dem unzureichenden Einkommen also zusätzlich Deprivation in mindestens einer dieser Dimensionen. Diese Menschen befanden sich damit in manifester Armut.⁶

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich stieg – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. 2004 und 2005 sank sie geringfügig auf 12,8 bzw. 12,3% um 2006 wieder auf 12,6% zu steigen. Mit dieser Armutsgefährdungsquote von 12,6% lag Österreich 2006 im europäischen Vergleich relativ gut. Am geringsten ist die Armutsgefährdungsquote in Staaten mit ausgeprägten öffentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wie Norwegen, Island und den Niederlanden (mit Quoten unter und um 10 bzw. 11%). Am höchsten sind die Armutsgefährdungsquoten in Südeuropa sowie Großbritannien und Irland und einigen der neuen EU-Beitrittsländer (mit Werten um die 20%).⁷

Aus den Veränderungen der Armutsgefährdungsquote in Österreich während der letzten Jahre kann nicht auf eine tatsächliche Veränderung der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „*die Veränderung gegenüber 2005 liegt im Bereich der statistischen Zufallsschwankung*“, sagt der Bericht der Statistik Austria.⁸ Der Sozialbericht 2003/2004 räumte aber ein, dass „*steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommenschichten in Österreich*“ sein könnten bzw. ergän-

⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 124

⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S 45

⁷ epp.eurostat.ec.europa.eu/

⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 15

zende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit versucht wird.⁹

Tatsächlich stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen in Österreich im Jahresdurchschnitt von 194.300 im Jahr 2000 auf 222.250 im Jahr 2007, also um fast 28.000.¹⁰ Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erhöhte sich in Österreich von 107.000 Personen im Jahr 2000 sogar auf über 180.000 im Jahr 2005 – eine Zunahme von etwa 73.000 Personen.¹¹

Auch in **Niederösterreich** stieg die Zahl arbeitsloser Menschen in diesem Zeitraum von 31.900 auf 37.400 Personen im Jahr 2007¹² - eine Zunahme um etwa 5.500 Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in NÖ ebenfalls von 7.100 Personen 2002 auf 10.500 Personen im Jahr 2004.¹³ Niederösterreich verzeichnete damit – mit plus 48 % - nach Oberösterreich den höchsten Anstieg alle Bundesländer.

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Danach waren in **Niederösterreich** 2004 11,8% (183.000 Menschen) und 2005 12,9% der Bevölkerung oder 201.000 Menschen armutsgefährdet, wobei auch hier eine gewisse statistische Schwankungsbreite zu beachten ist.¹⁴ So ist auch der leichte Rückgang der **Armutsgefährdung in Niederösterreich auf 12,1% oder 189.000 Menschen im Jahr 2006** zu sehen, der vielmehr auf zufällige Schwankungen der Stichprobe als auf tatsächliche Veränderungen zurückzuführen ist. Mit 12,1% war die **Armutsgefährdungsquote** in Niederösterreich **2006 die viert-höchste aller Bundesländer** nach Wien, Kärnten und dem Burgenland.¹⁵

Überdurchschnittlich hoch ist Armutsgefährdung unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, Menschen mit keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit, weiters bei AlleinerzieherInnen, Familien mit drei und mehr Kindern bei alleinstehenden PensionistInnen und unter MigrantInnen. Noch höher (30 und mehr %) ist die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen und MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten. Am höchsten ist die Armutsgefährdung bei Menschen, die von Sozialleistungen leben (45% aller solcher Haushalte) sowie bei Langzeitarbeitslosen (40% bei Arbeitslosigkeit bis zu 6 Monaten, und sogar 52% bei Arbeitslosigkeit länger als 6 Monate).¹⁶

⁹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

¹⁰ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹¹ Vgl. APA0163 vom 17.10.2006

¹² www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹³ www.statistik.at

¹⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 31

¹⁵ in Kärnten (16,3%), Burgenland (15,2%) und Tirol (14,0%) war sie noch höher; Vorarlberg weist ebenfalls eine Armutsgefährdungsquote von 12,9% auf

¹⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 140 ff.

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2006) durchschnittlich nur 7% und damit nur halb so viel wie der Durchschnitt.

Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht ebenfalls in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit.

Die Erwerbstätigenquote lag in **Niederösterreich** zuletzt (2006) mit 74,5% über dem österreichischen Durchschnitt (73,7%). Bei niederösterreichischen Männern betrug sie 81,1% (Ö: 80,5%), bei Frauen 67,9% (Ö: 67,0%). Die Erwerbstätigenquote in Niederösterreich liegt also in allen Bereichen knapp über dem österreichischen Durchschnitt.¹⁷

In den letzten Jahren wird jedoch eine neue Entwicklung zunehmend zum Problem: es gibt immer mehr Menschen, die als „working poor“ bezeichnet werden. Es sind Personen, „*die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt*“.¹⁸

Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat in Österreich gegenüber 1999 deutlich zugenommen. 1999 betrug die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Vollzeit-Erwerbstätigen nur 6%, 2006 kaum verändert 7%; in Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdung 1999 8 %, 2005 aber bereits 15%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdung 1999 25%, 2006 aber bereits 32%. Nur in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4% unverändert.¹⁹

Vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. „*Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr*

¹⁷ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S. 199-200

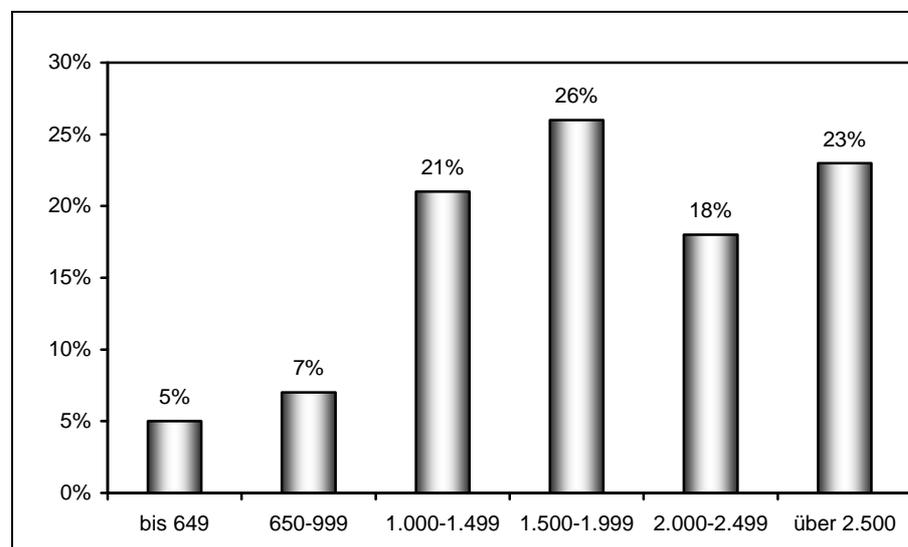
¹⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.35

¹⁹ vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192

Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.²⁰

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmete dem Thema „Armutsgefährdung trotz Arbeit“ erstmals ein ganzes Kapitel²¹ und stellte u.a. fest: „Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...).“²² Auch die Folgeuntersuchung im Jahr 2006 widmete sich diesem Thema. 7% oder 230.000 erwerbstätige Personen waren 2006 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet. Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind also fast die Hälfte (41%) erwerbstätig.²³ Vor allem in Haushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 24%. Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen. In Österreich stellen Frauen insgesamt etwa 60% der prekär Beschäftigten.²⁴

Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Niederösterreich 2006²⁵



²⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

²¹ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 45-51

²² Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 46 und 48

²³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 34

²⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2005, 38

²⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.146

EU-SILC weist für Niederösterreich im Jahr 2006 aus, dass **12% der** (etwa 630.000 selbständig und unselbständig) **Erwerbstätigen in NÖ ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro brutto im Monat** hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle lebten. **In Niederösterreich sind rund 75.000 Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet („working poor“).**

Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigungen ist in Niederösterreich 2006 gegenüber den Jahren davor zwar gestiegen (plus 5.700 im Jahr 2006 gegenüber 2005), stark ist aber auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten gewachsen (plus 3.800 von 2005 auf 2006). **2006 waren in Niederösterreich nur mehr 59% aller Beschäftigungsverhältnisse** (424.134 von 713.013) „Normalarbeitsplätze“, d.h. dass ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Dieser Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienten in Niederösterreich nur etwa 49% eines Vollzeitbeschäftigten.

Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in NÖ in Euro 2005 und 2006²⁶

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	274.830	276.890	27.282	28.067	1.949	2.005
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	19.646	20.020	14.307	14.883	1.022	1.063
nicht ganzjährig beschäftigt	90.822	91.686	8.352	8.733	597	624
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	144.613	147.244	20.644	21.208	1.475	1.515
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	100.718	104.177	11.749	12.039	839	860
nicht ganzjährig beschäftigt	70.645	71.875	4.755	4.897	340	350
gesamt:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	419.443	424.134	24.993	25.686	1.785	1.835
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	120.364	124.197	12.167	12.498	869	893
nicht ganzjährig beschäftigt	161.467	163.561	6.778		484	0
	701.274	713.013	18.603	19.110		

Über 163.600 (23%) der Beschäftigungsverhältnisse in Niederösterreich waren 2006 nicht ganzjährig. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen lag 2006 dabei deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte also neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgefährdungsgrenze. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich dennoch überdurchschnittlich hoch bei 16%. Auf Niederösterreich umgerechnet **waren**

²⁶ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2005 und 2006

2006 rund 26.200 Personen armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren. Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.

Die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko. Personen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.

Zwischen Frauen und Männern zeigt sich weiterhin ein deutlicher Einkommensunterschied. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle. Frauen sind beispielsweise stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.²⁷ Obwohl im Jahr 2006 55% der ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich Männer und 45% Frauen waren, erhielten die Männer 67% sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 33%, was etwa dem österreichischen Durchschnitt (66% und 34%) entspricht.²⁸

Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist weiters, dass erwerbstätige Frauen, bedingt durch ihre Aufgaben in der Familie (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw.) wesentlich öfter nur geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr **2006 waren in Niederösterreich 70% aller geringfügig Beschäftigten Frauen** (24.970 von 35.822)²⁹.

Eine wesentliche Ursache für die verringerte Erwerbstätigkeit der Frauen sind Kinder. Mit steigender Kinderzahl wird der Arbeitsplatz häufig zu Gunsten von Haushalt und Betreuungsaufgaben aufgegeben. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei 80%.. Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt bzw. das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.³⁰

Neben Alter und Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Von

²⁷ vgl. dazu: ÖGPP:Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich 2004, S. 11

²⁸ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, eigene Berechnung

²⁹ www.sozialversicherung.at

³⁰ mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Österreich knapp zwei Drittel erwerbstätig, bei höheren Bildungsabschlüssen sind es etwa 80%.³¹

Auch Selbständige sind nicht vor Armut geschützt, auch wenn ihr durchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko mit etwa 9% unter dem Durchschnitt liegt. In Niederösterreich gab es zuletzt (2005) etwa 47.400 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig waren.³² **Etwa 4.100** davon waren **armutsgefährdet**.³³

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei Haushalten mit einem Arbeitslosen deutlich - auf 33% - an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 40% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.³⁴ Diese Personengruppe weist gemeinsam mit Personen in Ausbildung auch die größte Lücke zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und der Armutsgefährdungsschwelle auf.

Im April 2008 waren in Niederösterreich 30.398 Menschen arbeitslos. Niederösterreich hatte mit 5,1% zwar die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.³⁵ Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen (11%) und langzeitarbeitslosen (40%) Personen aus³⁶, so ist anzunehmen, dass in **Niederösterreich im April 2008 dennoch rund 3.400 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet** waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl **das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Niederösterreich** (aber auch in Österreich insgesamt) **unter der Armutsgrenze** liegen.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2007 bis zu 74 Euro, bei arbeitslosen Frauen bis zu 230 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2006 und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen noch deutlicher (um etwa 248 bis über 404 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt wer-

³¹ mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“

³² Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2006, S. 200

³³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 140

³⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

³⁵ www.ams.at Monatsfolder, Arbeitsmarkt aktuell April 2008

³⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

den kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in NÖ 2007³⁷

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
in Euro				
Männer	27,30	819,00 - 846,30	21,50	645,00 - 666,50
Frauen	22,10	663,00 - 685,10	16,40	492,00 - 508,40
insgesamt	25,10	753,00 - 778,10	19,30	579,00 - 598,30

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass das Arbeitslosengeld sowohl der Männern in Niederösterreich geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt von 27,00 Euro pro Tag liegt. Bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittliche tägliche Bezug bei Frauen in Niederösterreich leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (16,70 Euro), bei Männern liegt er hingegen leicht darüber (21,00 Euro).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der niederösterreichischen Arbeitnehmer war 2007 um 24% höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war sogar um 31% höher als jene der Frauen. Dennoch ist das in den meisten betroffenen Haushalten nicht ausreichend, um Armutsgefährdung zu verhindern.

Bildung verringert das Armutsrisiko

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung hat – wie erwähnt – große Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung. 80% der im Jahr 2007 arbeitslosen Menschen in Niederösterreich hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss.³⁸ Bildung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt aktiv teilzunehmen, auch die Höhe des Erwerbseinkommens wird maßgeblich durch Bildung beeinflusst. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 22% überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren Schule beträgt sie 8%, bei MaturantInnen 10%. Bei AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 6% unterdurchschnittlich.³⁹

³⁷ www.ams.at Arbeitsmarktdaten

³⁸ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

³⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

Niederösterreich: 20% der erwerbstätigen Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher über 15 Jahren (etwa 154.000 Menschen) hatten 2001 als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss. 436.000 (57%) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Fast 99.800 (13%) der Erwerbstätigen hatten den Abschluss einer Allgemeinbildenden oder Berufsbildenden höheren Schule aufzuweisen. Und etwa 71.800 (9%) hatten den Abschluss eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität.⁴⁰ Damit war das allgemeine Bildungsniveau der erwerbstätigen NiederösterreicherInnen einzig im Bereich des Abschlusses eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität schlechter (minus 2%) als im österreichischen Durchschnitt.⁴¹ (mehr dazu im Abschnitt „Humankapital“)

44% aller Frauen in Niederösterreich (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige) (293.600 Personen) hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 21% (149.200) der niederösterreichischen Männer. Im Bereich der höheren Bildung haben die Frauen in Niederösterreich allerdings deutlich aufgeholt: hatten 1991 erst 11% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (15% der Männer), so waren es 2001 bereits 16,5% der Frauen (18,7% der Männer).⁴²

Im Schuljahr 2005/06 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit 36,1% aller SchülerInnen und Studierenden in Niederösterreich allerdings deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (54,5%),⁴³ was auf den Mangel an universitären Einrichtungen zurückzuführen ist. Selbst unter Ausschluss der Studierenden ergibt sich für Niederösterreich dennoch eine Quote von nur 36%, während Österreich weit 45% der SchülerInnen und StudentInnen eine mittlere, höhere oder Fachhochschule besuchen.

Fast 41.500 PensionistInnen in NÖ weiterhin armutsgefährdet

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Niederösterreich im Jahr 2006 jährlich 18.659 Euro netto (Österreich: 18.196) betrug (= ca. 1.333,- x 14), betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Niederösterreich im Jahr 2006 nur 12.514 Euro netto (= ca. 894,- x 14) (Österreich: 12.413).⁴⁴ Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit in Niederösterreich bei Frauen um ca. 0,8% und bei Männern um 2,5% über

⁴⁰ vgl. Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich, S.258

⁴¹ Die Zahlen für Gesamtösterreich: Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Lehre oder berufsbildende mittlere Schule 53%, Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung AHS/BHS 12% und darüber 11%.

⁴² Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich, S.18

⁴³ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 4.09

⁴⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006; sie weist 209.161 Frauen und 174.616 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

dem österreichischen Durchschnitt, damit insgesamt auch deutlich über der Armutsgefährdungsschwelle.

Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen wieder. Der Hauptverband der Sozialversicherungen weist für 2007 die durchschnittliche monatliche Pension bei ArbeiterInnen in Österreich mit 995 Euro für Männer und 567 Euro für Frauen aus, bei Angestellten mit 1.736 Euro für Männer und 1.016 Euro für Frauen, bei Gewerbetreibenden mit 1.461 Euro für Männer und 913 Euro für Frauen und bei Bauern mit 958 Euro für Männer und 491 Euro für Frauen. Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspensionen hatten eine durchschnittliche Höhe von 863 Euro, Witwenpensionen von 575 Euro.⁴⁵ Und die Lohnsteuerstatistik 2006 weist die durchschnittliche monatliche Nettopension von BeamtInnen für Männer mit 1.835 Euro und für Frauen mit 1.528 Euro aus, die Durchschnittspensionen aller anderen PensionistInnen liegt für Männer bei 1.071 Euro und für Frauen mit 741 Euro.⁴⁶

Im Dezember 2007 hatten 11% der niederösterreichischen PensionistInnen (41.486 Personen) eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 256 Euro pro Monat⁴⁷) bekamen.⁴⁸ Die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes (für Einzelpersonen) betrug 2007 726 Euro für Alleinstehende und 1.091 Euro für Ehepaare monatlich, 2008 747 Euro für Einzelpersonen und 1.120 Euro für Ehepaare, was allerdings nur den Armutsgefährdungsschwellen der Jahre 2004 und 2005 entsprach. Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulage lag und liegt damit unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2006 – bei Einzelpersonen etwa um 39 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 57 Euro pro Monat. Mit anderen Worten: **2007 waren immer noch 41.486 AusgleichszulagenbezieherInnen in Niederösterreich armutsgefährdet**. Frauen waren hiervon stärker betroffen: 68 % der Ausgleichszulagenbezieher waren Frauen⁴⁹.

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich und auch in Niederösterreich alleinstehende Frauen. 28% aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 22% aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.⁵⁰ Haushalte von Alleinerzieherinnen (im Jahr 2007 etwa 258.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (im Jahr 2006 etwa 431.000 in Österreich⁵¹) sowie Pensionistinnen (etwa 408.000 in Österreich im Jahr 2007) stehen am unteren Ende der Einkommensskala in Österreich.⁵² In Niederösterreich waren

⁴⁵ Hauptverband der Sozialversicherungsträger

⁴⁶ Lohnsteuerstatistik 2006, S. 145, 148, 152 und 155, jeweils Jahresnettosumme durch 14

⁴⁷ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 263 Euro pro Monat

⁴⁸ Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.22

⁴⁹ Hauptverband der Sozialversicherungen

⁵⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

⁵¹ Statistik Austria: EU SILC 2006, S.38

⁵² www.statistik.at, Bevölkerung, Haushalte

2001 knapp 105.000 erwachsene Frauen unverheiratet, weitere 149.000 geschieden oder verwitwet,⁵³ Etwa 121.000 Niederösterreicherinnen lebten im Jahr 2007 allein, 46.400 sind Alleinerzieherinnen.⁵⁴

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen verstärken sich im Alter: In Niederösterreich hatten 2006 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 49% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Waren die Frauen zumeist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 12.892 Euro (912 Euro monatlich x 14). Waren sie dagegen nicht ganzjährig beschäftigt, dann betrug ihre Pension nur 5.410 Euro,⁵⁵ womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Beschäftigung schon im Erwerbsleben und noch mehr in der Pension für Frauen das Armutsrisiko deutlich erhöht. 23% (etwa 44.300) der 195.400 niederösterreichischen Pensionistinnen hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.⁵⁶ Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten wieder spiegelt.

„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein erhöhtes Armutsrisiko von 16%, selbst wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Seit 1993 wird in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 nur 2,80 Euro, in der Pflegestufe 7 6,13 Euro.

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen sollen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Aufwendungen für die Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich weiter (auf 20%), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen

⁵³ Statistik Austria: Volkszählung 2001, Hauptergebnisse 1, Niederösterreich

⁵⁴ www.statistik.at, Bevölkerung, Haushalte

⁵⁵ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006

⁵⁶ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich, S.12

236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegetotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen.

In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sog. „verschämter Armut“. In **Niederösterreich** erhielten zuletzt (Dezember 2006) 64.001 Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben).⁵⁷ Mit 4,0 % der Bevölkerung entsprach die Inanspruchnahme dem Bundesschnitt. Mehr als die Hälfte von ihnen (55,7%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2. Auch hier entspricht Niederösterreich dem Bundesdurchschnitt von 56,3%.

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Niederösterreich im Jahr 2005 weitere 11.061 Menschen Landespflegegeld⁵⁸ (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit 7 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, welcher Landespflegegeld bezog, ebenfalls im österreichischen Durchschnitt.

Es gibt auch in Niederösterreich eine deutliche Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise Pflegebedarf entsteht. Die Zahl der Menschen ab 75 Jahren (etwa 128.000)⁵⁹ ist in Niederösterreich etwa doppelt so hoch als die Zahl jener, die tatsächlich Pflegegeld bezieht.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2005) wandte das Land Niederösterreich für die Alten- und Pflegeheime 223,5 Mio. Euro aus, 113,9 Mio. für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 56,3 Mio. Euro.⁶⁰

Armutgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht oft dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird und/oder erhebliche Kosten für Pflegehilfe anfallen. Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen (66% der Pflegenden sind Frauen) – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangeleg-

⁵⁷ Anfrage an Statistik Austria

⁵⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 8.30

⁵⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 2.13

⁶⁰ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 08.31

te Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige (oder andere Personen; Anm. der Verfasser) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.⁶¹ *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“*

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.⁶² Umgelegt auf **Niederösterreich** bedeutet das, dass **106.900 Personen durch etwa 98.500 Angehörige betreut und gepflegt** wurden.⁶³

Als private PflegehelferInnen fungierten laut der Untersuchung des Sozialministeriums vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Die große und wachsende Zahl ausländischer Betreuungs- und Pflegekräfte wurde offenkundig nicht erkannt oder erfasst. Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitete nur Teilzeit, verzichtete für diese Pflege auf Erwerbseinkommen und geriet deshalb in Armutsrisiko.

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Zahl der Menschen über 60 Jahren wird in Niederösterreich bis 2030 um rund 31% steigen, das bedeutet eine Zunahme von etwa 112.000 Personen.⁶⁴ Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Betreuungs- und Pflegediensten und –einrichtungen bzw. der für Betreuungs- und Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Betreuungs- und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte - die Betreuung und Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

Knapp 40.000 armutsgefährdete MigrantInnen

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich (28%) waren 2006 armutsgefährdet. 71% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter

⁶¹ Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

⁶² Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

⁶³ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S. 107f.

⁶⁴ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap.2.17

dem oder in der Höhe des Medianeinkommen auskommen, nur 29% steht höheres zur Verfügung. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung aus kulturellen Gründen oft den Frauen zugeteilt, was etwa in der muslimischen Bevölkerung zu einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen führt. Mit nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute meist schwierig. „*Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.*“⁶⁵

In Niederösterreich lebten laut Angaben der Statistik Austria zuletzt (2001) 102.000 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren etwa 6,4% der Bevölkerung. Weitere 56.600 eingebürgerte NiederösterreicherInnen und Niederösterreicher (3,7%) waren im Ausland geboren.⁶⁶ Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (27%) bzw. Eingebürgerten (21%) heranzieht und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in Niederösterreich nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass **in Niederösterreich über 39.400 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet** sind.

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (0 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%)⁶⁷. Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und Frauen wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden sind.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich „das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung“, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.⁶⁸

67% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.⁶⁹

Niederösterreich: Etwa 253.100 (2006) niederösterreichische Kinder sind unter 15 Jahre⁷⁰ und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Niederösterreich lebten im Jahr 2006 etwa 90.700 Kinder bis 5 Jahren, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2006/07 befanden sich davon aber nur 45.000 Kinder in Krippen

⁶⁵ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁶⁶ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Niederösterreich, S.165

⁶⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.38

⁶⁸ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

⁶⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 36

⁷⁰ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap.2.13

oder Kindergärten.⁷¹ Das heißt, dass nur rund 50% der niederösterreichischen Vorschulkinder in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, aber ebenso viele zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.) betreut werden. Die größten Betreuungsmängel in Niederösterreich gibt es bei Kleinstkindern zwischen 0 und 2 Jahren, von denen lediglich 6,8% in einer Betreuungseinrichtung versorgt werden. Dieser Wert liegt auch weit unter dem österreichischen Durchschnitt von 10,8% in dieser Altersgruppe. Die vom Bund nun bereitgestellten zusätzlichen Gelder für Kinderbetreuungseinrichtungen sollten das Angebot verbessern helfen.

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte. „89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.⁷² Und: „Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“⁷³ Der Sozialbericht kommt deshalb zum Schluss: „Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“⁷⁴ Da sich die Kinderbetreuungsquote in diesem Zeitraum nur geringfügig gesteigert hat, trifft dieser Befund noch immer auf die niederösterreichische Situation zu.

In etwa **jede fünfte Familie mit Kindern in Niederösterreich war 2006 ein AlleinerzieherInnen-Haushalt** (ca. 46.600 der ca. 272.300 Familien mit Kindern). In den Haushalten von AlleinerzieherInnen lebten zuletzt (2006) etwa 67.800 Kinder, 26.900 (40%) von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 85% bzw. 39.600 der alleinerziehenden Elternteile in Niederösterreich waren bzw. sind Frauen mit zusammen 56.800 Kindern.⁷⁵

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2006) mit 27%⁷⁶ überdurchschnittlich hoch. Man kann davon ausgehen, dass daher zuletzt (2006) **in Niederösterreich etwa 12.600 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 30.900 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet** waren, davon rund 85 % - etwa 10.700 - Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 26.000 Frauen und Kindern).

⁷¹ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, S.68

⁷² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁷³ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷⁵ Statistik Austria: Familien. Und Haushaltsstatistik 2006, S.62f.

⁷⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

Mit 16%⁷⁷ überdurchschnittlich hoch ist die Armutsgefährdungsquote auch von Familien mit drei und mehr Kindern. Solche gab es in Niederösterreich zuletzt (2006) etwa 38.900 mit zusammen rund 124.900 Kindern, von denen beinahe die Hälfte unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Etwa 198.900 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern, davon waren 3.800 Haushalte alleinerziehend.⁷⁸ Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass (abzüglich der alleinerziehenden Haushalte) **in Niederösterreich rund 30.000 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind**⁷⁹, weil sie **in Familien mit 3 und mehr Kindern leben** und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

14% (240.000) der Kinder und Jugendlichen in Österreich leben in Haushalten, die armutsgefährdet sind. Niederösterreich liegt mit einem Armutsgefährdungsrisiko von 13% bei Kindern und Jugendliche bis 19 Jahre im Durchschnitt. Das heißt: **44.000 Kinder und Jugendliche leben in NÖ in Haushalten, die armutsgefährdet sind.**⁸⁰

Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelte erstmals auch die „intergenerationale soziale Mobilität“, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigte sich in Österreich die soziale Selektivität des Bildungssystems. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich dies seit den 1950er Jahren nicht wesentlich verändert hat.⁸¹

Ein Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen, ist dies nur bei 7%

⁷⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

⁷⁸ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2005, S. 62 , eigene Berechnungen

⁷⁹ eigene Berechnung

⁸⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.149

⁸¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 60

aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangen hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss.

Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird „der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar“.⁸² Während Personen aus elterlichen Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation eine Armutsgefährdung von 15,3% aufweisen und damit eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung haben, sind jene aus Haushalten mit guter oder sehr guter finanzieller Situation mit einer Quote von knapp über 10% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren aus finanziell schlechter gestellten Familien ergibt sich sogar eine Armutsgefährdungsquote von 22,3%, was auf den stärkeren Einfluss des Elternhauses als bei älteren Personen zurückzuführen ist.

Soziale und kulturelle Teilhabe

Armut äußert sich nicht nur durch eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten, sie hat auch Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen. Die verminderte Lebensqualität äußert sich durch schlechtere Wohnverhältnisse, schlechtere Gesundheit oder geringere Entwicklungsmöglichkeiten. Armutsgefährdete Menschen sind zudem in ihren Möglichkeiten zu sozialer und kultureller Teilhabe beschränkt. Der Begriff „soziale Teilhabe“ umfasst dabei den Kontakt der Personen zu Verwandten, Freunden und der Nachbarschaft, den Organisationsgrad in Vereinen, Verbänden oder politischen Organisationen, sowie Freizeitaktivitäten. Wichtig ist die Integration in soziale Netzwerke nicht nur für das Selbstwertgefühl derjenigen/desjenigen, soziale Netzwerke zeichnen sich vor allem durch die zu erwartende Unterstützung und den erleichterten Zugang zu verschiedensten Ressourcen aus. Damit kann die Stärke der sozialen Teilhabe als soziales Kapital interpretiert werden.

Prekäre Lebenssituationen, wie sie bei einkommensarmen und/oder deprivierten Personen häufig auftreten, führen oftmals zu einer Überforderung des sozialen Netzwerkes und damit zu Isolation und mangelnder Unterstützung. Vor allem Arbeitslose, AlleinerzieherInnen und ältere Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität sowie eingeschränkter finanzieller und zeitlicher Ressourcen überdurchschnittlich oft von geringer Teilhabe betroffen. Das Fehlen von regelmäßigen sozialen Kontakten tritt bei Personen, die in Deprivation⁸³ leben oder manifest Armen doppelt so häufig auf wie bei nicht Armen. Dies wirkt sich auch auf die Erwartung aus, soziale Unterstützung zu erhalten. So gehen nur 6% der nicht armen Personen

⁸² Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 41

⁸³ Unter Deprivation versteht man den beschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und soziale Ausgrenzung aus gesellschaftlichen Bereichen, die nicht notwendigerweise mit monetärer Armut einhergeht. Menschen, die in manifester Armut leben, leiden unter Deprivation und finanzieller Armut.

davon aus, dass sie im Notfall keine Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn bekommen, aber 14% der armutsgefährdeten, deprivierten oder in manifester Armut lebenden Personen gehen davon aus, keine Unterstützung zu bekommen. Einkommensschwache Personen nehmen auch seltener an kulturellen Veranstaltungen teil und sind weniger oft in Vereinen, Gruppen oder anderen Organisationen beteiligt, sodass sich ihr Netzwerk weiter verkleinert. Armut macht also auch einsam.

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 60% des Gesamteinkommens aus! Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise 30% aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 51% aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.⁸⁴

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

Fast ein Drittel aller Einkommen in Niederösterreich kommen aus Sozialleistungen (11% aller Einkommen) und Pensionen (22% aller Einkommen). **Für 460.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (30% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.⁸⁵ Ohne Sozialleistungen wären nicht „nur“ 189.000, sondern 362.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (23% der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm** (ohne Pensionen wären es sogar 660.000 Menschen). 173.000 Menschen kommen in Niederösterreich durch Sozialleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, 189.000 bleiben dennoch armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.⁸⁶

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Niederösterreich nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Ein-

⁸⁴ dazu BMSK: „Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.116 ff.

⁸⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

nahmenkürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken Preiserhöhungen armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits bzw. höhere Belastungen der Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der trotz Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfällt als in vergangenen Aufschwungphasen. Zuletzt sorgen vor allem die deutlich erhöhten Energie- und Nahrungsmittelpreise für Belastungen armutsgefährdeter Haushalte.

Betroffen waren in den letzten Jahren durch öffentliches Sparen auch bei Einrichtungen, welche die Armut bekämpfen sollen: das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden erschwert, leistbaren Wohnraum bzw. bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die Verdoppelung der Zuwanderung nach Österreich in den Jahren 2000 bis 2005 zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden kaum die entsprechenden Ressourcen für eine Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) gegeben wurden.

Anstieg der Haushaltsausgaben

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der tatsächlichen Armut sind in den letzten Jahren bei eher stagnierenden Einkommen die wachsenden Lebenshaltungskosten. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000 und 2001), die Pensionen sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „*dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren.*“⁸⁷ Und derartige finanzielle

⁸⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Jahr 2000 bis 2007 aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind von 2000 bis 2007 überdurchschnittlich stark um 25,4% und Kosten für Bildung sogar um 57,8% gestiegen.⁸⁸ Strom wurde in den Jahren 2003 bis 2007 um 23,1% teurer, Normalbenzin um 27,9%, Gas um 30,8%, Diesel um 39,7% und Heizöl um 66,9%.⁸⁹ Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional“.⁹⁰

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulschikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in NÖ 2004/05⁹¹

Ausgabengruppe		Haushalts-	Äquivalenz-
	in %	ausgaben	ausgaben
		in Euro	
Ernährung	13,2	349	210
Alkohol, Tabak	2,6	66	43
Bekleidung, Schuhe	5,2	136	82
Wohnen, Energie	22,1	583	372
Wohnausstattung	7,1	188	111
Gesundheit	3,0	80	53
Verkehr	17,2	453	267
Kommunikation	2,2	59	37
Freizeit, Sport, Hobby	12,8	336	206
Bildung	0,7	17	9
Hotel, Cafes, Restaurants	5,1	135	85
sonstiges	8,7	230	144
Ausgaben insgesamt	100,0	2.632	1.617

Die **durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben** waren in **Niederösterreich** zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.632 Euro

⁸⁸ http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnitte_der_coicop-hauptgruppen_des_vpi_2000_022141.pdf, Stand 20.05.2008

⁸⁹ Statistik Austria: Jahresdurchschnittspreise für die wichtigsten Energieträger 2003 bis 2007

⁹⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁹¹ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 203-224; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

monatlich die **vierthöchsten aller Bundesländer** (nach Oberösterreich, Salzburg und Tirol). In Niederösterreich liegen (mit Ausnahme der Ausgaben für Hotel, Cafes, Restaurants) alle Werte über dem österreichischen Durchschnitt.

Hohe Wohnkosten in Niederösterreich

Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie liegen laut Konsumerhebung 2004/2005 in Niederösterreich mit durchschnittlich 582 Euro pro Monat etwas über dem Österreichdurchschnitt (566 Euro). In Niederösterreich wurden durchschnittlich 22,1% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt (Ö: 22,3%).⁹²

Berufstätige hatten laut Mikrozensus in der Regel in Niederösterreich wie auch in ganz Österreich einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand zu tragen als Nichtberufstätige. Selbständige und BeamtInnen und Angestellte haben einen höheren Wohnungsaufwand als sonstige ArbeiterInnen, Selbständige in Land und Forstwirtschaft haben den höchsten Wohnungsaufwand aller Berufsgruppen, PensionistInnen dagegen die geringsten Aufwendungen.⁹³

Nur rund 99.600 niederösterreichische Wohnungen (13,5%) waren 2001 (laut Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen.⁹⁴ Auch beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – etwa der Wohnbauförderung oder von Wohn- und Mietbeihilfen – wichtig zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen.

Dennoch: **Für 14% der NiederösterreicherInnen (immerhin 223.000 Menschen) stellen die Wohnkosten zuletzt (2006) eine starke Belastung dar.** Damit liegt Niederösterreich deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 12%.⁹⁵

Das Kostenniveau ist vor allem für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend. Der Immobilienpreisspiegel 2006 weist für Niederösterreich durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung – je nach Lage - zwischen 2,70 und 6,40 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert und 3,50 bis 7,60 Euro/m² bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 425 und 1.013 Euro/m² bei einfachem Wohnwert und 565 bis 1.269 Euro/m²

⁹² Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

⁹³ Statistik Austria: Wohnen 2006. Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus 2006, S. 159ff.

⁹⁴ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Niederösterreich, S.119

⁹⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005. S.123

bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren nicht unter 1.000 Euro/m² zu bekommen.⁹⁶

Innerhalb von Niederösterreich gibt es deutliche Schwankungen der Wohnkosten. Vor allem urbane Gebiete wie Wien-Umgebung oder Mödling, aber auch Baden, Tulln und St. Pölten zählen zu den teuren Gegenden. Eher abgelegene Gebiete, vor allem im Waldviertel, sind dagegen bei den Wohnkosten relativ günstig. Dafür ist im Gegenzug ein Auto für alltägliche Beschaffungen oder den Weg in die Arbeit in abgelegenen Gebieten beinahe unumgänglich, da die Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur mühsam oder gar nicht zu bewältigen sind.

Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Niederösterreich ein immer größeres Problem dar: 2007 wurden in Niederösterreich 755 Privatkonkurse eröffnet, das waren um 15,1% mehr als noch im Jahr 2006. Die durchschnittliche Verschuldung lag bei 202.780 Euro. Niederösterreich liegt mit der Verschuldung privater Haushalte mit einer Gesamtverschuldung von 153,1 Mio. Euro im Österreichvergleich an zweiter Stelle und hatte zudem eine über dem Durchschnitt (140.000 Euro) liegende Verschuldung pro Fall.⁹⁷

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbstständigkeit, eine Scheidung oder Trennung, die Übernahme von Bürgschaften sowie Hausbau bzw. Haus- oder Wohnungskauf.

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite werden auch deshalb so stark beworben, weil für die Banken in Österreich die Möglichkeit der rigorosen Eintreibung der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehaltspfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hat in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten viel vorsichtiger vorgegangen wird.

⁹⁶ Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

⁹⁷ Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2007, S.20

Armut ist ein Gesundheitsrisiko

Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, woraus auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung resultiert. Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf. Ärmere nehmen Fachärzte weniger oft in Anspruch und werden früher und häufiger pflegebedürftig. Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand, doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten bzw. Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt.⁹⁸ In Niederösterreich litten 2005 35% der Personen mit niedrigem Einkommen unter zumindest einer chronischen Erkrankung, in Haushalten mit mittlerem oder hohem Einkommen waren es hingegen lediglich 22%.⁹⁹

Auswertungen der EU-SILC Erhebung 2005 für **Niederösterreich** haben außerdem ergeben, dass 75% der Personen in Haushalten mit hohem Erwerbseinkommen (über 200% des Medianeinkommens) ihren allgemeinen Gesundheitszustand als gut einschätzten, während dies nur 62% der Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle angaben. 10% dieser Personen schätzten ihren Gesundheitszustand sogar als schlecht oder sehr schlecht ein.¹⁰⁰

Neben dem Einkommen ist Bildung der wichtigste Faktor, der sich auf die Gesundheit der Menschen auswirkt. Dies wird auch bei der Auswertung des niederösterreichischen Datenmaterials aus dem Jahr 2005 deutlich. Von Personen, die als höchsten Bildungsabschluss AHS oder BHS-Matura oder höher angeben, bezeichneten 86% ihren Gesundheitszustand als gut, während nur 53% der PflichtschulabsolventInnen selbiges angaben. 14% von ihnen haben ihren Gesundheitszustand als schlecht bezeichnet, während dies nur 2% der Personen in den beiden höchsten Bildungsstufen angaben.¹⁰¹

Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der Wohnverhältnisse: 14% der Armen leben in Wohnungen mit Schimmel oder feuchten Wänden. Bei Kindern von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern treten überproportional asthmatische Erscheinungen auf. Menschen mit

⁹⁸ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

⁹⁹ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

¹⁰⁰ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,007

¹⁰¹ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

geringerem Bildungsgrad beurteilen (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer Bildung.¹⁰²

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit und psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und Alkoholkonsum.¹⁰³ Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind – denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher als bei Einkommensstarken. Eine Befragung von 3.328 SchülerInnen (im Alter von 11 bis 15 Jahren) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

Niedriges Einkommen hat schließlich auch Auswirkungen auf die Zufriedenheit im Leben. 81% der Personen in Haushalten mit hohem Einkommen gaben im Jahr 2005 an, weitgehend zufrieden mit ihrem Leben zu sein, in armutsgefährdeten Haushalten gaben dies nicht einmal 60% an. Von ihnen bezeichneten sich sogar 4% als sehr unzufrieden mit ihrem Leben, was bei hohen und mittleren Einkommen praktisch nicht vorkam.¹⁰⁴ Bezüglich der Lebenszufriedenheit zeigt sich erwartungsgemäß auch ein deutlicher Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Während 78% der erwerbstätigen NiederösterreicherInnen mit ihrem Leben weitgehend zufrieden waren (nur 43% der Arbeitslosen), waren 13% der Arbeitslosen mit ihrem Leben unzufrieden.¹⁰⁵

Reichtum nimmt auch in Niederösterreich zu

Was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt und was Armut ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben auch die umfangreichen Arbeiten zum 2. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht (2004/2005) zu keinem Ergebnis geführt. *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht.*

¹⁰² Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 125

¹⁰³ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

¹⁰⁴ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

¹⁰⁵ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw..¹⁰⁶ Im Zusammenhang mit Reichtum und Vermögen werden daher im deutschen Bericht die Fragen hohe Einkommen, Vermögensverteilung, Betriebs-, Gebrauchs-, Human- und Sozialvermögen, Erbschaften und privilegierte Lebenslagen zumindest ansatzweise behandelt.

Hohe Einkommen

„Bisher ist weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums noch eine allgemeingültige Einkommenshöhe als Abgrenzung entwickelt worden“, heißt es im deutschen Bericht auch.¹⁰⁷ Als Menschen *„mit hohem Einkommen“* zählen in Deutschland Personen, die über mehr als das Doppelte (200%) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (konkret mehr als 32.436 Euro) verfügen (1998 waren das 23% der dt. Bevölkerung). Als willkürliche Grenze eingestuft wurde etwa das Erreichen eines Einkommens von einer Million, dessen Problematik sich bei Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich sei aber auch, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der letzte österreichische Sozialbericht tat.

Wir unternehmen in Anlehnung an den deutschen Bericht den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. Dieser Bericht übernimmt einerseits die deutsche Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „hohe Einkommen“ beginnen (2005 wären das in Österreich 35.940 Euro verfügbares Nettoeinkommen gewesen). Und er definiert weiters als Einkommensgrenze, ab der „Einkommensreichtum“ bzw. „Reichtumswahrscheinlichkeit“ besteht, mit 400% des Medianeinkommens an, das waren 2005 71.880 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel netto verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millionär“ und somit als „reich“.

¹⁰⁶ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.61

¹⁰⁷ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.49

Laut Lohnsteuerstatistik 2005 waren in Niederösterreich im Jahr 2005 zumindest **74.600 aller Arbeitnehmereinkommen (10,6%) und rund 18.200 Pensionen (4,8%) als hoch einzustufen**.¹⁰⁸ Die 10,6% ArbeitnehmerInnen mit hohem Einkommen vereinigten auf sich fast ein Drittel (30,7%) aller Arbeitnehmereinkommen in Niederösterreich. Die 4,8% PensionistInnen bekamen 15,2% aller Pensionen. **10.100 niederösterreichische ArbeitnehmerInnen und 750 PensionistInnen darunter konnten sogar als einkommensreich bezeichnet werden**, hatten also Einkommen bzw. Pensionen von mehr als 400 % des Medianeinkommens. **2002** – drei Jahre zuvor - waren in Niederösterreich erst **75.000 (7,1%)** aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als **hoch** zu bezeichnen, die zusammen erst knapp **24 %** aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa **8.500** von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.¹⁰⁹ Das heißt, die **Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in NÖ innerhalb von nur drei Jahren um etwa 17.800 Personen (oder 24%) zugenommen, die Zahl der Einkommensreichen sogar um 2.300 (oder 27%). Ihr Einkommen hat in dieser Zeit um 36% oder etwa 2 Mrd. Euro zugenommen**, die Einkommen der „Reichen“ darunter sogar um 45% (oder 590 Mio. Euro). Die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen stiegen in dieser Zeit in NÖ dagegen nur um 12% brutto, die Pensionen um 13% brutto. Mit anderen Worten: wer schon gut verdiente, dessen Einkommen ist in den letzten Jahren weit stärker gestiegen als das Durchschnittseinkommen.

Die Einkommensteuerstatistik 2005 weist in **Niederösterreich 2005 etwa 18.000 Personen** aus, die ein **hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen** hatten.¹¹⁰ Das waren etwa 12,5% aller rd. 141.100 selbständig Erwerbstätigen (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten etwa 51% (1,87 Mrd. Euro) aller einkommensteuerpflichtigen Einkommen (3,65 Mrd. Euro) auf sich. Fast 5.200 (insg. 3,7%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigten auf sich 28% der zu versteuernden Einkommen (1,04 Mrd. Euro). Die Zahl der Menschen mit hohem einkommensteuerpflichtigen Einkommen hat sich in NÖ gegenüber 2002 um etwa 1.500 Personen erhöht. Ihre Einkommen sind um rd. 9% gestiegen und damit doch geringer als die hohen Einkommen Unselbständiger.¹¹¹

Insgesamt waren damit **im Jahr 2005 110.800 Einkommen in Niederösterreich als hoch einzustufen**, 16.000 davon sind sogar als sehr hoch. Die Einkommenssteuerstatistik für das Jahr 2006 ist noch ausständig, aber anhand der Lohnsteuerstatistik ist bereits der weitere Trend zu erkennen. Die Grenzen für hohe Einkommen und Einkommensreichtum haben sich kaum verändert, weil die Medianeinkommen kaum zunehmen. Die Zahl der hohen Einkom-

¹⁰⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, S. 160 und 171, eigene Berechnung

¹⁰⁹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S. 140 und 150

¹¹⁰ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S. 112

¹¹¹ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2001, S. 104

men ist jedoch um weitere 11,1% (von 92.800) auf 103.000 gestiegen. Die Zahl der Einkommensreichen unter ihnen ist um 12,1% (von 10.850) auf 12.100 Personen gestiegen.

Unter der Annahme, dass die Entwicklung der selbständig Erwerbstätigen sich ähnlich jener der unselbständig erwerbstätigen verhält, gab es im Jahr 2006 19.600 selbständig Erwerbstätige mit hohem Einkommen, 5.800 von ihnen waren einkommensreich.

Damit gab es in Niederösterreich **im Jahr 2006 schätzungsweise 120.700 NiederösterreicherInnen mit hohem Einkommen** von fast 36.000 Euro pro Jahr. Etwa 17.300 davon waren sogar einkommensreich, erhielten jährlich also Einkommen von über 71.000 Euro.

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Männer sind in diesen Einkommensgruppen weit stärker vertreten als Frauen.

Große Geldvermögen

Die Höhe des Einkommens entscheidet über das verfügbare Einkommen, die Fähigkeit zur Vermögensbildung, die Höhe von Vermögen und Einkommen daraus.

Über vorhandene Geldvermögen gibt die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank Auskunft. Danach hatten zuletzt (2006) die Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbzweck in Österreich Geldvermögen im Umfang von 396,8 Mrd. Euro. Pro Haushalt waren dies durchschnittlich 113.000 Euro. Umgelegt auf die rund 668.000 Haushalte in **Niederösterreich** waren im Land 2006 rd. **75,5 Mrd. Euro an Geldvermögen** vorhanden. Dazu kommen die Geldvermögen der Wirtschaft (ohne Finanzwirtschaft), in Österreich waren das 2006 261,7 Mrd. Euro oder durchschnittlich 2,6 Mio. Euro pro Unternehmen. Umgerechnet auf die etwa 15.000 Unternehmen (Kapital- und Personengesellschaften) in NÖ waren das **weitere 39,3 Mrd. Euro** Geldvermögen.

Die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung hat auch eine Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung zur Folge. Haushalte mit geringen Einkommen verfügen in der Regel über kein oder wenig Geldvermögen, umso mehr dagegen Haushalte mit hohem Einkommen. Detaillierte Untersuchungen über die Verteilung existieren in Österreich allerdings – im Gegensatz zu anderen Ländern (wie Deutschland) – nicht.

Eine weitere Quelle, die konkrete Hinweise über Geldvermögen gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er weist für Österreich zuletzt (Report 2007) rund 72.600 Dollar-MillionärInnen aus, also Menschen, die

Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (aktuell ca. 670.000 Euro) besaßen. Das waren etwa 0,8% der Bevölkerung Österreichs.¹¹²

Umgelegt auf **Niederösterreich** (19% der öst. Bevölkerung) würde das etwa 13.800 „Dollar-Millionäre“, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten. Der Report geht davon aus, dass ihre Zahl weiter deutlich zunehmen wird. Mehr als in anderen Kontinenten entsteht in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.¹¹³

Wenn sich die Situation in Niederösterreich nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten diese rd. 13.800 NiederösterreicherInnen Geldvermögen von durchschnittlich 3,9 Mio. Dollar (2,6 Mio. Euro) bzw. zusammen etwa 36 Mrd. Euro. Das war etwa als doppelt so viel als sämtliche niederösterreichische ArbeitnehmerInnen 2006 brutto verdienten. Wenn die Prognosen des Reports eintreffen, wird sich die Zahl dieser reichen NiederösterreicherInnen bis 2010 auf etwa 15.400 erhöhen und ihr Geldvermögen wird auf etwa 43 Mrd. Euro ansteigen.

Nicht berücksichtigt sind in diesen Berichten die Sachvermögen.

Betriebsvermögen der Wirtschaft

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

Zur Sachvermögensbildung investierte die niederösterreichische Wirtschaft 2004 brutto 7,6 Mrd. Euro.¹¹⁴ Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Niederösterreich 66.510 Gebäude, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Werkstätten, Industrie- und

¹¹² www.at.capgemini.com

¹¹³ Zuletzt TREND, 1.7.2007, S.74

¹¹⁴ vgl. Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Lagerhallen, Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude usw.) dienen. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer in ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ ergibt sich ein Gebäudewert von knapp 8,5 Mrd. Euro.¹¹⁵

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 weist für Niederösterreich außerdem 12.382 Wohnungen aus, die im Eigentum von Unternehmen standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen dienten. Wiederum unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer gab sich ein Gebäudewert von etwa 330 Mio. Euro.¹¹⁶

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs – insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte - nur annäherungsweise möglich sind.

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Niederösterreich waren Ende 2006 167.432 Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienen (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).¹¹⁷

Die Land- und Forstwirtschaft war Fahrzeughalter von weiteren 197.425 Fahrzeugen. Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz einen Wert von knapp 1,7 Mrd. Euro, die Kfz der Wirtschaft von zusammen knapp 1,4 Mrd. Euro, zusammen also einen Wert von mehr als 3 Mrd. Euro.¹¹⁸ Die Bruttowertschöpfung der niederösterreichischen Wirtschaft betrug zuletzt (2005) rd. 33,7 Mrd. Euro. Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (7,74 Mrd. Euro), das Realitätenwesen, die Vermietung und unternehmensbezogene Dienstleistungen (4,78 Mrd. Euro) sowie der Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (4,49 Mrd. Euro).¹¹⁹

Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Ausgehend von einer Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich durch die Arbeiterkammer 1997 und unter Heranziehung einer Studie des Marktforschungsinstituts *Kreutzer, Fischer und Partner*¹²⁰ zur Neubewertung von landwirtschaftlichen

¹¹⁵ nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich“ 1997 vorgegangen

¹¹⁶ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

¹¹⁷ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

¹¹⁸ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

¹¹⁹ Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen, Dez. 2007

¹²⁰ APA0452, 24.2.2004

Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln, ergibt sich für die 17.375 km² land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche Niederösterreichs ein Wert von etwa 33,5 Mrd. Euro.

Unter Zugrundelegung einer Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 und einer Wertsteigerung um 4,4 % p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen ergibt sich aktuell ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Niederösterreich von knapp 24,7 Mrd. Euro.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Niederösterreich von derzeit etwa 11 Mrd. Euro.

Einschließlich der Kraftfahrzeuge ist das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Niederösterreich ist aktuell mit rund 70 Mrd. Euro zu bewerten. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

Die Wertschöpfung der niederösterreichischen Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2005) nur 953 Mio. Euro, was 2,8% des BRP betrug.

Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Die Arbeiterkammer konnte bei ihren Schätzungen 1997 auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings – je nach Region und Lage – enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Niederösterreich errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 51.891) bei einer durchschnittlichen Größe von 84,4m² einen durchschnittlichen Wert von 1.172 Euro/m² (im Jahr 2006). Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 353.554) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durch-

schnittlichen Größe von 119,9m² ein Durchschnittspreis von 1.415 Euro/m² (im Jahr 2006).¹²¹ Daraus ergab sich 2006 ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Niederösterreich von etwa 5,1 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von etwa 60,0 Mrd. Euro, zusammen demnach etwa 65 Mrd. Euro.

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen auch die 1.448.580 Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2006 registriert waren. Von diesen waren 167.432 dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 12.985 Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden. 1.070.738 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen.¹²² Legt man einen Neuwert eines Pkw/Kombi mit durchschnittlich 20.000 Euro und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde, so ergibt sich der Wert der PKW/Kombi in Niederösterreich 2006 von 3,2 Mrd. Euro.

Erbschaften

Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, in Niederösterreich schätzungsweise 1 Mrd. Euro. Für etwa 2,5% aller Haushalte – knapp 40.000 Menschen in Niederösterreich - verändert sich dadurch die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro, die durchschnittliche Steuer etwa 1.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus.

Humanvermögen

Bei der Darstellung von Reichtum und Vermögen sind auch immaterielle Bereiche zu betrachten, die über das messbare Geld- und Sachvermögen hinaus gehen. Reichtum und Vermögen „vermögen“ für ihre Nutznießer vieles: bessere Gesundheit, bessere Bildung und Ausbildung, bessere Chance auf Einkommen, mehr Einfluss auf Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Politik u.a.m.

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.¹²³ Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höhe-

¹²¹ Zahlen aus: Statistik Austria: „Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001“, Wien 2006, sowie Immobilienpreisspiegel 2006

¹²² Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

¹²³ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

res Einkommen. 59% der AkademikerInnen und 40% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 14% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.¹²⁴

Im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“ wurde darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau der erwerbstätigen NiederösterreicherInnen meist über dem österreichischen Durchschnitt liegt, der alle Menschen über 15 Jahren – auch die nichterwerbstätigen - erfasst.

Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001¹²⁵

	Niederösterreich	in %	Ö in %
Universität oder Fachhochschule	57.885	4,5	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	21.887	1,7	1,7
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	88.739	6,9	6,3
Allgemeinbildende Höhere Schule	56.558	4,4	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	164.902	12,9	11,5
Lehrlingsausbildung	449.416	35,1	33,9
Allgemeinbildende Pflichtschule	442.852	34,5	35,7

Auch die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen, dass Niederösterreich – bei allen Personen über 15 Jahren - bei höheren Bildungsabschlüssen teilweise hinter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt, bei berufsbildenden Abschlüssen dagegen über dem Bundesdurchschnitt. Und das wirkt sich auf die Erwerbstätigenquote ebenso aus wie auch die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen, die in Niederösterreich etwa 5,1% über dem Bundesdurchschnitt liegen.¹²⁶

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen noch ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

Reiche, vermögende NiederösterreicherInnen

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND¹²⁷ gibt den Reichen und Vermögenden in Österreich seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden sich zuletzt wiederum etliche NiederösterreicherInnen: es scheinen bekannte Na-

¹²⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2004, Wien 2005, S. 84

¹²⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001

¹²⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 9.07

¹²⁷ TREND, 1.7.2004 und 1.7.2007

men wie Frank Stronach, Thomas Prinzhorn, die Dujsik Erben, die Familien Leiner, Essl oder Habsburg-Lothringen auf.

Die reichsten NiederösterreicherInnen (geschätztes Vermögen in Euro)¹²⁸

Name	Platz	Vermögen	Firmensitz/Wohnort	Firma
Graf, Johann	Platz 12	2 Milliarden Euro	Gumpoldskirchen	Novomatic
Stronach, Frank	Platz 15	1,5 Milliarden Euro	Oberwaltersdorf	Magna Holding AG
Prinzhorn, Thomas	Platz 21	1,2 Milliarden Euro	Pitten	W. Hamburger Holding GmbH
			Oberwaltersdorf	Prinzhorn Holding GmbH
Dujsik Erben	Platz 23	1,2 Milliarden Euro	Vösendorf	SCS
Leiner, Rudolf und Familie	Platz 30	750 Millionen Euro	St. Pölten	Leiner, Kika
Schweighofer, Gerald	Platz 34	600 Millionen Euro	Ybbs	Holzindustrie Schweighofer
Fries, Rudolf	Platz 44	400 Millionen Euro	Kaumberg	Fries Familien-Privatstiftung
Essl, Karlheinz & Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Klosterneuburg	Baumax
Grupp, Cornelius	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Marktl	Neuman-Gruppe
Habsburg-Lothringen, Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Schloss Persenbeug	Habsburg-Stiftung
Hoyos, Hans & Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Schloss Rosenberg, Horn, Drosenburg	
Huemer, Angelika	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Weissenbach	Starlinger Group
Umdasch, Hilde & Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Amstetten	Umdasch AG
Zimmermann, Norbert	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Berndorf	Berndorf AG

Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Niederösterreich.

¹²⁸ Privatstiftungen: Quellen: Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich, Hoppenstedt

1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuermindernd wirken *Sonderausgaben*, *Außergewöhnliche Belastungen* und *Werbungskosten*. Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (v.a. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommenssteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

In **Niederösterreich** mussten zuletzt (2006) von den 713.013 Arbeitnehmereinkommen 574.794 (81%) aufgrund des Erreichens einer bestimmten Einkommenshöhe Lohnsteuer bezahlen. Von einem durchschnittlichen Brutto-Einkommen von 27.610 Euro pro Jahr wurden 4.255 Euro (oder **15,4%**) als **Lohnsteuer** einbehalten und weitere 15,4% an Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt betragen die Arbeitnehmereinkünfte in Niederösterreich im Jahr 2006 19,69 Mrd. Euro, von denen jeweils etwa 3,03 Mrd. Euro als Lohnsteuer bzw. Sozialversicherungsbeiträge einbehalten wurden.¹²⁹ Im Jahr 2001 waren es 16,94 Mrd. Euro bzw. 2,54 Mrd. Euro Lohnsteuern.¹³⁰

Die 383.777 Pensionen in **Niederösterreich** (durchschnittliche Höhe 17.598 Euro brutto jährlich) wurden 2006 mit durchschnittlich **13,0 %** (2.288 Euro) **Lohnsteuer** besteuert. Insgesamt betragen die Pensionen in NÖ im Jahr 2006 brutto 7,14 Mrd. Euro, von denen 878 Mio. Euro an Lohnsteuer einbehalten wurden.¹³¹ Im Jahr 2001 waren es 6 Mrd. Euro bzw. 736 Mio. Euro an Lohnsteuer und 388 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.¹³²

141.107 Personen wiesen in **Niederösterreich** zuletzt (2005) einkommensteuerpflichtige Einkünfte von zusammen 3,73 Mrd. Euro aus, von denen 1,14 Mrd. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren.¹³³ Sie mussten im Jahr 2005 von ihren steuerpflichtigen

¹²⁹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, S.160

¹³⁰ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2001, S. 142 f.

¹³¹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, S.171

¹³² Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2001, S. 162 f.

¹³³ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S. 62 f.

Einkünften in Höhe von durchschnittlich 26.425 Euro durchschnittlich 30,6% (8.099 Euro) an **Lohn- und Einkommensteuer** bezahlen (zum Vergleich: 2001 waren es durchschnittlich 25.869 Euro bzw. **32,1 %** oder 8.305 Euro). Von diesen 140.348 Personen (2001: 130.024) waren 50.213 (2001: 44.967) ausschließlich selbständig erwerbstätig, 90.894 (2001: 85.057) hatten auch Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit sind v.a. öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftsteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“¹³⁴ gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftssteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34%, seit 2005 nur mehr 25%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2008 mit 5,9 Mrd. Euro veranschlagt.

Von den zuletzt (2004) 15.172 „Veranlagungsfällen“ in **Niederösterreich** waren 8.814 Unternehmen (oder 58%) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 42% (oder 6.358) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus.¹³⁵ Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von 1,9 Mrd. Euro (= durchschnittlich 214.519 Euro pro Betrieb) auf, von dem noch etwa 656 Mio. Euro (**35%**) an **Körperschaftssteuer** (= durchschnittlich etwa 74.450 Euro pro Unternehmen) zu zahlen waren. 42% aller niederösterreichischen Unternehmen (6.358) hatten kein zu versteuerndes Einkommen ausgewiesen und lediglich Mindestkörperschaftssteuer zu zahlen. Noch vier Jahre zuvor (2000) – im einem Jahr wirtschaftlicher Konjunktur - waren nur 36% der niederösterreichischen Unternehmen Steuerfälle, die Gewinne von durchschnittlich 265.037 Euro auswiesen und davon 34% (oder 90.453 Euro pro Unternehmen) an Körperschaftssteuer zahlten.¹³⁶

Bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen sind 25% von natürlichen wie auch juristischen Personen als Kapitalertragsteuer abzuführen. Auch die Kapitalertragssteuer ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezüge aus Wertpapieren durch die kontoführende Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzu-

¹³⁴ Körperschaftsteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

¹³⁵ Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2004, S.46f.

¹³⁶ Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2000, S.46 und 120

ges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Natürliche Personen werden in Österreich 2008 an Lohnsteuer voraussichtlich 20,0 Mrd. Euro, an Einkommensteuer mit 2,85 Mrd. Euro und an Kapitalertragsteuer für Zinsen mit 1,55 Mrd. Euro bezahlen. Das sind zusammen 24,4 Mrd. Euro. Juristische Personen werden 2008 voraussichtlich 5,9 Mrd. Euro an Körperschaftssteuer und weitere 950 Mio. Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das sind zusammen 6,85 Mrd. Euro.

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50%). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt. Und es gilt nicht bei der Körperschaftssteuer, wo ebenfalls seit 2005 einheitlich 25% vom Gewinn zu zahlen ist. Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise. Eine in Österreich zeitweise diskutierte einheitliche Einkommensbesteuerung („flat tax“ in Höhe von 25%) würde – wenn es zu keiner Steuererhöhung für kleine Einkommen soll – daher lediglich zu einer Senkung der Steuern für hohe Einkommen und damit Einnahmefällen in öffentlichen Haushalten führen.

2. Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

Die Umsatzsteuer wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Sie ist mit einem veranschlagten Ertrag von 21,7 Mrd. Euro 2008 die ertragreichste Steuer in Österreich. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde sie abgeschafft.

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2008 mit 5,46 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,8 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,35 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2008 mit 5,16 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 32,3 Mrd. Euro im Jahr 2008 fast die Hälfte der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus. Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Einkommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als ein sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Ausgehend davon, dass die Verbrauchsausgaben in **Niederösterreich** zuletzt (2004/05)¹³⁷ um 3,8% über dem österreichischen Durchschnitt lagen, kann angenommen werden, dass die niederösterreichische Bevölkerung jährlich **etwa 6,2 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern** bezahlt. Das sind durchschnittlich etwas mehr als 3.900 Euro pro Kopf und Jahr bzw. etwas weniger als 10.000 Euro pro Haushalt und Jahr bzw. pro Kopf 326 Euro und pro Haushalt 815 Euro monatlich.

3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Sie machen nur mehr 5% der gesamten Steuereinnahmen aus.

Besteuerung von Geldvermögen

„*Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche*“ und „*ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen*“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der *Hypo Investmentbank Liechtenstein* veröffentlicht wurde, welche Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.¹³⁸

¹³⁷ Statistik Austria: Konsumerhebung 2004/05

¹³⁸ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, Vaduz 2003

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die Kapitalertragsteuer die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2006 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 1.893 Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2006 mit 2,24 Mrd. Euro bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,12% gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterlagen bisher sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2 bis 60%, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2007 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 135 Mio. Euro angesetzt. Die durchschnittliche Höhe pro Fall betrug zuletzt 1.025 Euro.¹³⁹

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer werden im Sommer 2008 endgültig auslaufen, wenn es zu keiner Gesetzesreparatur kommt – was nicht zu erwarten ist -, nachdem es der Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig hielt, dass die Einheitswerte als Berechnungsgrundlage dienen, bei anderen Abgaben – wie der Grunderwerbssteuer - aber der wahre Grundstückswert herangezogen wird. In logischer Konsequenz müsste allerdings auch die Grundsteuer geprüft werden.

Besteuerung von Grund und Boden

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wo-

¹³⁹ Vgl. dazu Karl Goldberg; „Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich“, ÖGPP, Wien 2008, S.75

durch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.¹⁴⁰

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

Der Gemeindefinanzbericht 2005 gab die Erträge aus der Grundsteuer für 2004 mit 430,7 Mio. Euro an.¹⁴¹ Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 53,8 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert lag aber bei etwa 640 Mrd. Euro, war also schon vor wenigen Jahren um das Zwölfwache höher.¹⁴² Es kann angenommen werden, dass auf **Niederösterreich knapp 100 Mio. Euro** jährliche Grundsteuereinnahmen entfallen.

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2008 allerdings mit nur 5 Mio. Euro. Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben diese für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2008 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2008 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 650 Mio. Euro geschätzt.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich knapp 1,1 Mrd. Euro. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – 640 Mrd. Euro – beträgt die Grundbesteuerung damit nur etwa 0,2% p.a.

¹⁴⁰ Hypo Investment Bank, S.14

¹⁴¹ Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbericht 2005

¹⁴² Vgl. ÖGPP: „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“

Steuerparadies Privatstiftungen

Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen. Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden nach Angaben des Forums Privatstiftungen Ende April 2008 3.114 Privatstiftungen gegründet. In diesen sind Vermögen (vor allem Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Immobilien) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) - bis zu 60 Mrd. Euro steuerschonend veranlagt. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 20 Mio. Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Denn „Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“.¹⁴³ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren „*erheblichen steuerlichen Erleichterungen*“.¹⁴⁴ Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch „*Die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich*“, meint die Bank-Studie: sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.¹⁴⁵ Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftsteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so wird dies auch durch den möglichen Wegfall der Schenkungssteuer geschehen. Denn damit könnten Vermögen künftig völlig steuerfrei in Stiftungen eingebracht werden. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Schenkungsmeldegesezt 2008, durch das für Privatstiftungen die in der Vergangenheit bezahlte Einbringungssteuer in einem Zeitraum von 20 Jahren absetzbar macht.

Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend: Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu

¹⁴³ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“

¹⁴⁴ wie oben, S.11

¹⁴⁵ wie oben, S.16

verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Medienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt.

4. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Ende 2006 betragen die Steuerrückstände in Österreich nach Angaben des Rechnungshofes 6,615 Mrd. Euro, wovon knapp 1,8 Mrd. Euro vollstreckbar gewesen wären.¹⁴⁶ 2007 betragen die vollstreckbaren Steuerrückstände der Selbständigen und Unternehmen (bei der Umsatz-, Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer) nach Angaben des Finanzministeriums etwa 2,1 Mrd. Euro.¹⁴⁷ Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005. Im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe damals auf 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.¹⁴⁸ Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab für heuer einen Betrag von 19,9 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.¹⁴⁹

5. Zusammenfassung

Es ist festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93% der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5% von den Vermögen.

Gegenüber 1994 (2,6 Mrd. Euro) ist der Ertrag aus den Vermögenssteuern in Österreich im Jahr 2007 lediglich um 0,7 Mrd. (auf 3,3 Mrd.) Euro bzw. 27% gestiegen. Der Anteil der Vermögenssteuern an den Steuereinnahmen des Bundes ist von 7 auf 5% zurückgegangen.

¹⁴⁶ Presseaussendung APA0196 vom 29.10.2007

¹⁴⁷ Presseaussendung OTS0249 vom 25.4.2008

¹⁴⁸ APA0386, 20.3.2002

¹⁴⁹ Presseaussendung APA0415 vom 21.5.2008

Die Lohnsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen um 9,2 Mrd. Euro oder 94% auf 19 Mrd. Euro gestiegen, die „Unternehmenssteuern“ Einkommen- und Körperschaftsteuer sind um knapp 4,4 Mrd. Euro oder 114% auf 8,2 Mrd. Euro gestiegen. Insgesamt trugen Steuern auf Arbeit (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) 2007 mit zusammen 27,2 Mrd. Euro bereits 43% zu den Steuereinnahmen des Finanzministers (63,2 Mrd. Euro) bei (1994 waren es noch knapp 35%).

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern sind seit 1994 sogar um 12,5 Mrd. (auf 31,3 Mrd.) Euro bzw. 56% gestiegen. Sie trugen 2007 knapp 50% bei (1994 waren es noch 55%).

In der Steuerstruktur Österreichs hat sich somit eine deutliche Verschiebung ergeben: Steuern auf Erwerbseinkommen tragen einen deutlich wachsenden Anteil aller Steuern bei. Der Anteil der indirekten Steuern (Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern) ist nach wie vor sehr hoch, aber rückläufig. Bereits sehr gering aber trotzdem rückläufig ist der Anteil der Vermögenssteuern.

Zusammenfassung

Die Untersuchungen zeigten:

- Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen, der Arbeitslosen, der Empfänger von Sozialhilfe ist in den letzten Jahren auch in Niederösterreich deutlich gestiegen. In Niederösterreich waren zuletzt (2006) 189.000 Menschen oder 12,1% der Bevölkerung armutsgefährdet. Das war die vierthöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer.
- Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut. Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat deutlich zugenommen. Vor allem neue Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. 12% der niederösterreichischen Erwerbstätigen hatten 2005 ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat. In Niederösterreich lebten zuletzt (2006) etwa 75.000 „working poor“, Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet oder arm sind.
- 2006 waren erstmals weniger als 60% der niederösterreichischen Beschäftigungsverhältnisse (nämlich nur mehr 424.134 oder 59%) „Normalarbeitsplätze“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Etwas mehr als ein Fünftel der niederösterreichischen Arbeitsplätze (23% bzw. 163.600) war 2006 nicht ganzjährig.

- Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut. Niederösterreich hatte im Frühjahr 2008 die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Aber sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Niederösterreich unter der Armutsgrenze. 3.400 Haushalte waren aufgrund von Arbeitslosigkeit armutsgefährdet.
- Bildung verringert das Armutsrisiko. Das allgemeine Bildungsniveau der NiederösterreicherInnen ist bei höheren Bildungsabschlüssen geringfügig schlechter, bei berufsbildenden Abschlüssen besser als der österreichische Durchschnitt. Der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen liegen allerdings unter dem Durchschnitt.
- Fast 41.500 PensionistInnen in Niederösterreich sind armutsgefährdet, weil ihre Pensionen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen. 68% davon sind Frauen.
- Behinderung und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko. Die Inanspruchnahme des Bundes- und Landespflegegeld liegt in Niederösterreich zwar im Bundesdurchschnitt, dennoch werden der Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige erbracht (Studien sprechen von bis zu 90%), wodurch vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit einschränken (müssen). Die deutliche Zunahme älterer, pflegebedürftiger Menschen wird das Problem weiter verschärfen. Schätzungsweise 107.000 Menschen werden in NÖ durch etwa 98.500 Angehörige gepflegt.
- Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung zumeist den Frauen zugeteilt, was zu einer geringen Erwerbsbeteiligung führt. In Niederösterreich leben über 39.400 MigrantInnen, die armutsgefährdet sind.
- Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Nur 50% der Vorschulkinder sind in Niederösterreich in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht. Vor allem für die Mütter bedeutet das oft eine Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit. In NÖ leben schätzungsweise mehr als 60.900 Erwachsene und Kinder in Alleinerzieherhaushalten oder Familien mit 3 und mehr Kindern in armutsgefährdeten Haushalten. 44.000 niederösterreichische Kinder und Jugendliche (oder 13 %) - leben in armutsgefährdeten Haushalten.
- Untersuchungen zeigen, dass Armut „vererbt“ wird. Die intergenerationale soziale Mobilität ist sehr gering. Hauptgründe sind die soziale Selektivität des Bildungssystems und die Einkommenssituation des elterlichen Haushalts. Auch die soziale und kulturelle Teilhabe ist bei armutsgefährdeten Menschen deutlich geringer.

- Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung. Für 460.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (30 % der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne die Sozialleistungen und Pensionen wären nicht 189.000, sondern 362.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (23 % der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm. 189.000 NiederösterreicherInnen sind dennoch armutsgefährdet, weil die Erwerbseinkommen oder die diversen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen nicht ausreichend Einkommen sichern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmekenürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung.
- Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben in NÖ sind die vierthöchsten aller Bundesländer. In Niederösterreich liegen (mit Ausnahme der Ausgaben für Hotel, Cafes, Restaurants) alle Werte über dem österreichischen Durchschnitt.
- Die Wohnkosten werden in NÖ dennoch von 14% der Bevölkerung (223.000 Menschen) als starke Belastung empfunden.
- Verschuldung erhöht die Armutsgefährdung stark. Niederösterreich lag 2007 mit der Verschuldung privater Haushalte im österreichischen Mittelfeld. In ganz Österreich ist die Zahl der Privatkonkurse jedoch im Steigen.
- Armut ist ein Gesundheitsrisiko. Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, vor allem arbeitslose und alleinerziehende Menschen.
- Reichtum nimmt auch in NÖ zu. Die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen (mehr als 200 % des Medianeinkommens) hat in den letzten Jahren um rund 30.000 (auf über 120.000) zugenommen. Vor allem hohe Arbeitnehmer-Einkommen sind weit überdurchschnittlich gewachsen (um 36%) (und damit dreimal so stark als der Durchschnitt).
- In NÖ gab es zuletzt (2006) es privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck Geldvermögen von schätzungsweise 75,5 Mrd. Euro. Wirtschaftsunternehmen verfügten über weitere 39,3 Mrd. Euro an Geldvermögen.
- In NÖ leben schätzungsweise 13.800 Menschen mit einem Geldvermögen von mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 670.000 Euro). Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befinden sich auch etliche (14) NiederösterreicherInnen.
- Eine Bewertung der Sachvermögen in Niederösterreich (Betriebsvermögen der Wirtschaft und Landwirtschaft, Gebrauchsvermögen) zeigt, welche Milliarden-Werte in Niederösterreich auch im Bereich des Sachvermögens vorhanden sind.

- Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Niederösterreich.
- Einkommen werden sehr unterschiedlich hoch besteuert. Steuerlich deutlich entlastet wurden in den letzten Jahren lediglich die Unternehmen. Die Umsatz-, Verbrauchs- und Verkehrssteuern machen die Hälfte aller Steuern aus, nehmen aber auf die persönliche Leistungsfähigkeit kaum Rücksicht. Österreich und auch Niederösterreich sind dagegen Steuerparadies für Vermögende. Steuern auf Einkommen und deren Verwendung bringen 93 %, Steuern auf Vermögen nur 5 % aller Steuern auf.

Quellenverzeichnis

AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997

AMS: Bundesländerprofile (auf www.ams.at)

AMS: Arbeitsmarktdaten

„Armut und soziale Ausgrenzung verhindern – Bericht einer ExpertInnenarbeitsgruppe“ an das Sozialministerium, Wien 1999

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod, in: Wiener Seniorengesundheitsbericht, Wien 1996

Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002

Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbereich 2005, Wien 2005

Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2007, Wien, Jänner 2008

Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, März 2005

Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002

Öst. Gesell. für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, August 2004

Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2008

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistiken 2001 und 2005, Wien

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2005, Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2006

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Übersicht über das Land Niederösterreich

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, Wien, Juni 2006

Statistik Austria: Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05, Wien

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistiken 2000 und 2004, Wien

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2001, 2002, 2004, 2005 und 2006, Wien

Statistik Austria: Mikrozensus 2006

Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge – Bestand 31.12.2006, Wien 2007

Statistik Austria: Statistische Jahrbücher 2006, 2007 und 2008

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – NÖ, Wien, März 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – NÖ, Wien, November 2004

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Verlagsgruppe News: trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin, Ausgabe 7/2004 und 7/2007

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 27. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa. 2008 erfolgte die Präsentation eines internationalen Vermögenssteuervergleichs.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Niederösterreich“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,
wie der Wiener Städtischen Versicherung

